Ä-K17-354 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Elisabeth Mandl-Behnke

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 113:
~~Es gibt nicht mehr viele lebendige Zeitzeug*innen, die uns die Verbrechen des Nationalsozialismus vor Augen führen können. Mit ihnen scheint auch die Erinnerung und das Gedenken in besorgniserregendem Tempo zu verblassen. Wir sehen, wie faschistische Kräfte stärker werden und Lehrkräfte über rechte Vorfälle an Schulen Alarm schlagen. In diesem Klima ist für uns klar: Wir wollen unsere antifaschistische Gedenkkultur verteidigen und verstetigen. Dazu gehört auch, das Programm „Tolerantes Brandenburg“ zu stärken.~~

Unsere Erinnerungs- und Gedenkkultur berücksichtigt die vielfältigen Aspekte der Geschichte unserer Brandenburger Heimat.Brandenburg spielte in der Vergangenheit durchaus eine fortschrittliche Rolle, die es gerade in der heutigen Zeit in Erinnerung zu rufen gilt. "Niemand wird Preuße denn durch Not". Damit lässt sich die gelungene Einwanderungspolitik, eingeleitet durch den Großen Kurfürsten Ende des 17. Jahrhunderts nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zur Zeit Friedrichs des Großen zusammenfassen. Gerade in Brandenburg finden sich viele Orte, deren Gründung sich auf die tolerante "Peuplierungspolitik" der damaligen Zeit zurückführen lassen. Unsere heutige ländliche Kulturlandschaft wäre ohne das Wirken der Großgrundbesitzer in der Folgezeit kaum vorstellbar. Gleichwohl finden sich aus unserer jüngeren Geschichte zahlreiche und prägende Zeugnisse der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Dazu gehört z.B auch, das Programm „Tolerantes Brandenburg“ zu stärken.

Begründung

Vorhaben zu einseitig auf "Abwehrkampf gegen rechts gerichtet. In Erinnerungs- und Gedenkkultur geht es um angemessene und ausgewogenen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die Formulierung "antifaschistische Gedenkkultur"ist nicht haltbar (allenfalls in ehemaligen DDR-Geschichtsbüchern)